

Pressemitteilung

Andreas Müller
Tulpenweg 3
63579 Freigericht

mobil 0174/3019484
e-mail mueller-hanau@t-online.de
web www.linksfraktion-mkk.de

31. Oktober 2010

LINKE: „Stromnetz gehört in öffentliche Hände“ Pipa macht Werbung für LINKEN Antrag aus dem Jahre 2006

Unterstützung für seine klaren Worte zur kommunalen Daseinsvorsorge erhält Landrat Erich Pipa (SPD) vonseiten der Linksfraktion im Kreistag des Main-Kinzig-Kreises. Der Landrat und Aufsichtsratsvorsitzende hatte auf der Jubiläumsfeier der Main-Kinzig-Kreiswerke für kommunale Strukturen bei der Energieversorgung geworben. Zudem sprach er von einem Fehler, dass sich der Staat aus der Daseinsvorsorge zurückgezogen hat und auch der Main-Kinzig-Kreis Mitgesellschafter ins Boot genommen hatte. Außerdem mahnte er an, dass Kommunen im Kreis, nicht dem Beispiel von Erlensee und Langenselbold zu folgen und ihre auslaufenden Konzessionsverträge mit E.ON zu verlängern.

Für den Fraktionsvorsitzenden der Linken Andreas Müller sind dies überraschend neue Töne des Landrates: „Wenn es um die Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand geht, dann war es bisher immer DIE LINKE die dies forderte. Sollte jetzt endlich Erich Pipa und die SPD erkennen, dass Strom, Gas und Wasser Grundbedürfnisse für die Menschen sind und das Anteilsverkäufe an den kommunalen Betrieben Fehler waren, dann freuen wir uns über diesen Sinneswandel.“ In vielen Anträgen hat die LINKE Kreistagsfraktion genau dieses immer wieder gefordert. Müller erinnert daran, dass die LINKEN schon im Jahre 2006, den Rückkauf der Anteile der Kreiswerke Gelnhausen GmbH von E.O.N. beantragt habe. Damals habe man dies noch abgelehnt. Umso erfreulicher ist der Sinneswandel des Landrates.

Wenn aus Sicht von Erich Pipa (SPD) die auslaufenden Konzessionen für die Stromnetze Chancen bieten eine neue Qualität des Wettbewerbs zu starten und niedrigere Verbraucherpreise durchzusetzen, dann gälte dies aber auch für alle Bereiche. Was laut Pipa für die Kommunen gelte, muss auch für den Main-Kinzig-Kreis gelten. Wenn sich Pipa für eine Rekommunalisierung einsetzt, dann nicht nur, nach dem Sankt Florians Prinzip, bei den Städten und Gemeinden, dann auch beim Kreis. Auch im Main-Kinzig-Kreis gibt es Handlungsbedarf, am dringendsten bei Main-Kinzig-Gas. Hier habe sich gezeigt, dass der Einfluss von Main-Nova eine faire Preisgestaltung verhindere. Die LINKEN haben mehrfach schon die Rekommunalisierung gefordert, jetzt gelte es ernst zu machen, so Müller abschließend.

DIE LINKE.

gez. Andreas Müller